

Bezugspreis: Vierteljahr 13,50 M., monatlich 4,50 M., frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 20 Pfennig...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 12. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Belagerungszustand im Westen.

Ein Aufruf der Regierung.

Der Tag des Friedensschlusses, mit dem die Zeit der schwersten Lasten und Leistungen für uns anbricht...

Städte sind ohne Lebensmittelzüge,

manche Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Wir haben in dem unglücklichen Wien schauernd miterlebt...

politischen Kampf gegen das Volk

auf Kosten des Volkes. Sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Not. Und die Folgen nach außen? Der Friedensschluss stellt uns vor schwere Pflichten...

Heimkehr unserer Kriegsgefangenen Brüder,

die seit Sonabend abtransportiert werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden? Wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solch frevelhaftes Tun gefallen lassen? Nein! Die preussische und Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt Euch diese tödliche Verhinderung nicht bieten!

Steht zur Regierung, die dieser gewissenlosen Erschütterung mit allen auch den strengsten Maßnahmen entgegenzutreten wird. Der neue Tarifvertrag erfordert für die Allgemeinheit kaum zu beschaffende Mittel...

Die preussische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnarbeiter im eigenen und im Gesamtinteresse des Volkes auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen.

Jagt die Verführer von Euch,

macht Euch nicht schuldig am Unheil Eurer Nachbarn und Arbeitsgenossen, denkt an die 400000 Kriegsgefangenen, die Euer Vorgehen an der Schwelle der Heimat von Frau und Familie ausschert!

Wir werden mit aller Macht und allem Nachdruck diese Hosen zu verhindern suchen. Wo es not tut, wird auf Grund des § 48 der Reichsverfassung

der Ausnahmezustand verhängt.

Es geht nicht um Partei oder Politik, es geht um das Dasein von uns allen. Wer das Leben seines Volkes will, kämpfe mit uns gegen die Verführung!

Berlin, den 11. Januar 1920.

Die Reichsregierung: Bauer, Koch, Dr. Bell. Die preussische Staatsregierung: Hirsch, Heine, Defer.

Die Verordnung.

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichsministers den nachstehende Verordnung erlassen:

Verordnung auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden nötigen Maßnahmen.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung über die Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden folgendes an:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124, und 133 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung...

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf einen Militärbefehlshaber übertragen kann. Er wird von dem Militärbefehlshaber auf dem Gebiete der Zivilverwaltung mit Unterstützung eines Regierungskommissars (§ 3) ausgeübt...

§ 3. Die Befehle des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis des Regierungskommissars zu bringen.

§ 4. Anordnungen des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtmäßigkeit der Zustimmung des Regierungskommissars.

§ 5. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung anreizt oder anregt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu tausendtausend Mark bestraft.

§ 6. Gegen die Anordnungen des Militärbefehlshabers im Einzelfalle steht die Wehrwehr an den Reichswehrminister offen. Soweit es sich um Beschränkungen der persönlichen Freiheit handelt, ist das Gesetz, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1329) entsprechend anzuwenden.

§ 7. Diese Verordnung ist sofort in sämtlichen Gewaltbezirken des Reichs in ursprünglicher Gestalt bekanntzumachen. Berlin, den 11. Januar 1920.

Der Reichspräsident: gen. Oberl. Der Reichsminister des Innern: gen. Koch.

Zur Ernährungsfrage.

Reichsernährungsminister Robert Schmidt

entrollte gestern vor einer Riesensammlung Berliner Parteigenossen ein umfassendes Bild unserer Ernährungsfrage, um Ueberreibungen, die zum Teil agitatorischen Zwecken dienen sollen, entgegenzutreten. Er unterschied scharf zwischen der durch Unregelmäßigkeiten in der Ablieferung entstandenen und für die Bevölkerung schwer fühlbaren gegenwärtigen Versteifung der Lebensmittelversorgung...

Wenn auf der einen Seite das Volk agitatorisch verängstigt wird, sich hiermit die Zurückhaltung bei der Ablieferung von Lebensmitteln aus gewinnfüchtigen und politischen Motiven verbündet, dann offenbaren sich hier die Katastrophopolitiker, die mit Gewaltmitteln einen Zusammenbruch herbeiführen wollen. Es ist die Aufgabe der Volksgenossen selbst, diesem gefährlichen Treiben entgegenzutreten.

Das uns durch Streiks und Kohlenmangel arge Beklemmungen erwecken können, ist wohl möglich, die Lebensmittelversorgung an sich kann aber, wenn auch vielleicht mit Einschränkungen als gesichert betrachtet werden. Sollte sich die Ablieferung seitens der Landwirte verweigern, so wäre der Minister gezwungen, das Zwangswirtschaftssystem härter und schärfer aufzulockern. Der freie Verkehr mit den unentbehrlichen Lebensmitteln würde zu unerträglichen Preissteigerungen führen.

Dem verhängnisvollen Bestreben, die Inlandpreise den Weltmarktpreisen anzugleichen, wird der Minister nicht folgen. Ohne Rationierung, Höchstpreise und Zwangswirtschaft bei den wichtigsten Lebensmitteln und Rohstoffen geht es nicht! Würde das Wehl auf den Weltmarktpreis von 7800 M. für die Tonne gebracht werden, dann müßte das Brot 14,50 M. kosten.

Das Arbeitsministerium ist mit der Feststellung von Grundlöhnen beschäftigt, auf die den Steigerungen der Lebensunterhaltsmittel entsprechende Zuschläge gemacht werden müssen.

In Dreivierteljahre sind für 11 Milliarden Mark Lebensmittel und Rohstoffe eingeführt worden. Das ist ohne Rücksicht auf die Valuta geschieden, um die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Arbeit zu schaffen.

Die Industrie, sagt der Minister, leidet keine Not, solche Behauptungen sind Uebertreibungen. Die Unternehmerrgewinne können herabgesetzt werden, durch technische Verbesserungen, Spezialisierung und zusammenfassende Organisation lassen sich erhebliche Ersparnisse erzielen. Vor allem müsse die Inbesitznahme aller Naturschätze durch das Volk erfolgen.

Der Minister kam dann auf die Valutafrage zu sprechen. Für den ungünstigen Stand unserer Zahlungsmittel kann nicht ein Punkt allein die Erklärung abgegeben. Hier vertrat der Minister die Auffassung, daß die hohen Preise große Umlaufmittel erfordern und die Bedeutung der Inflation überschätzt werde. Wir können dem Minister hier nicht beistimmen, denn wir sind der Ueberzeugung, daß eine zu große künstliche Kaufkraft entstanden ist, die zu den Preissteigerungen führt. Die Preise haben nun einmal die Eigenart, wenn Warenmangel besteht, so hoch zu klettern, als die vorhandene Kaufkraft es irgend gestattet. Ein Aufhalten der Preissteigerung ist unseres Erachtens also nur erreichbar,

wenn die Kaufkraft vermindert wird, was allein durch tief einschneidende Steuern und Abgaben seitens der besthenden Klassen geschehen kann, wenn aber auch auf der anderen Seite gleichzeitig das Warenangebot durch steigende Produktion vermehrt wird.

Unter Unglück, sagt der Minister weiter, ist die unzureichende Kohlenproduktion, 50 Prozent mehr Kohlen und wir wären über die Schwierigkeiten hinweg. Leider können die Arbeiter in den Bergwerken nicht wahllos vermehrt werden. 80 000 Arbeiter sind der Kohlenzeugung zugeführt worden. Die Kohlennot bedrückt uns und viel härter als die Lebensmittelverhältnisse.

Die Theorie, erst die Wirtschaft völlig verfallen zu lassen, um dann eine neue aufzurichten, hat überall Schiffbruch gelitten. Jeder Funken von wirtschaftlicher Lebenskraft muß angezündet werden. Wohl hat der Herrgott die Welt aus dem Nichts geschaffen. Aber dieses Wunder bringen niemals diejenigen zustande, die von einem Zusammenbruch des Ersten einer vollkommenen Gesellschaft erwarten. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, durch die Arbeit der Millionen Proletarier, den Wiederaufbau zu bewerkstelligen. Die Treue zu den alten Grundsätzen der Partei wird uns vorwärts helfen.

Der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt am Sonntag im großen Saal des Kriegervereinshauses eine Funktionärsversammlung mit der Tagesordnung: Der gegenwärtige Stand der deutschen Volksernährung. Der Referent

Reichsernährungsminister Schmidt führte aus: Es ist eine maßlose Uebertreibung, wenn in der Presse von einem in kurzer Zeit eintretenden Zusammenbruch unserer Volksernährung gesprochen wird. Wir haben eine gute Getreideernte gehabt. Im vergangenen Jahre, das

wesentlich ungenügender war, sind ebenfalls Befürchtungen ausgesprochen worden, daß wir mit den Getreidevorräten nicht auskommen würden. Trotzdem ist es mir gelungen, die Nation von 300 Gramm Mehl pro Kopf bis zum Schluß des Erntejahres durchzuhalten. Solche größeren Vorberichtigungen, wie sie jetzt wieder notwendig werden, erzeugen Befürchtungen im Volke und schädigen unseren Kredit im Auslande, den wir doch notwendig gebrauchen. Schließlich befreit man mit solchen Vorkaufungslofen Programmen die Geschäfte der Unabhängigen, die ja auf den Zusammenbruch rechnen. Auch auf die Landwirtschaft wirken solche Vorberichtigungen in der Weise, daß sie auf einen Zusammenbruch der Nahrungswirtschaft hoffen.

Es ist leider eine Notwendigkeit geworden, Prämien an die Landwirte zu geben, um sie zu einem möglichst frühen Abheften zu bewegen. Die Frühbrutprämie hat den Erfolg gehabt, daß wir eine

Mehrablieferung von 40 000 Tonnen pro Tag

erzielt. Die jetzt bewilligte neue Prämie wird eine ähnliche Wirkung haben. Die Verbesserung des Mehles durch stärkere Ausmahlung ist mir zum Vorwurf gemacht worden. Ich bedaure diese Maßnahmen durch die das Brot nachher gemacht ist, durchaus nicht. Ich bin überzeugt, daß wir trotzdem auskommen. Wir brauchen vorher der heimischen Ernte allerdings noch eine Einfuhr vom Auslande. Zunächst aber muß alles getan werden, um die heimische Ernte herauszubringen. Sollte sich später herausstellen, daß eine größere Sparigkeit mit dem Brotgetreide notwendig ist, dann können wir nötigenfalls durch schärfere Auswahl und Abschaffung der Brotkrone auf das Maß, das sie in den Kriegsjahren hatte, so viel sparen, daß

die Brotversorgung ohne Zweifel gesichert

ist. Dem Eisenbahnstreik sehe ich mit großer Sorge entgegen. Er ist für unser Wirtschaftsleben eine große Gefahr. Dagegen bin ich machtlos. Ich kann nur an die Arbeiterschaft appellieren, daß sie in dieser schweren Zeit keine neuen Gefahren heraufbeschwören, denn sonst können durch den gestörten Transport Schwierigkeiten in der Brotversorgung eintreten. — Die Verteilung von Brotgetreide nach dem Auslande, die leider in größtem Umfang betrieben werden, sind das schwerste Verbrechen, was in der gegenwärtigen Zeit verübt werden kann. (Lebhaft Zustimmung.) Leider haben wir nicht die Mittel zur Verfügung, um den Schleichhandel zu unterbinden. (Ruf: An die Wand stellen.) Die Maßnahmen der Entente hindern uns, die Grenzen für die Lebensmittelzufuhr zu sperren. Zur wirksamen Bekämpfung des Schleichhandels bedürfte wir der Mitwirkung der Bevölkerung. Die neuen Bestimmungen zur Bekämpfung des Lebensmittelwunders werden ja auch ihre Wirkung tun. — Der Redner fährt weiter aus, daß das von gewisser Seite gestellte Verlangen, die Lebensmittelpreise von Weltmarktpreisen anzupassen, unerfüllbar sei, denn dadurch würde der Preis des vierzehnfachhöheren Bieres auf 14,50 Mk. zu steigen kommen. Solchen abernen Sozialisten kann ich natürlich nicht zustimmen. Die für die Preislenkung zur Verfügung gestellten 3 1/2 Milliarden sind nahezu verbraucht.

Eine wichtige Frage ist

die Verquickung von Lohn und Preis.

Ich kann es leider nicht vermeiden, daß eine Anzahl von Lebensmitteln noch im Preise steigen. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse werden unsere Gewerkschaften in ihren Tarifen einen Grundlohn festsetzen müssen und daneben Zusätze, die nicht an Zeit und Ort gebunden sind und sich nach den Lebensmittelpreisen bewegen. Die Industrie muß sich bewußt werden, daß jede Steigerung der Lebensmittelpreise eine Lohnverhöhung zur Folge hat. Dann werden auch die Forderungen der Preisverhöhung der Lebensmittel eingehender geprüft werden. Wenn wir aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen wollen, muß unsere Produktion gesteigert werden durch technische Verbesserungen, Spezialisierung der Betriebe, Verknüpfung der Naturkräfte durch die Gesellschaft.

Der Redner behandelte eingehend die Salutarfrage. Was uns an Eisen zur Verfügung steht, muß reiflich gebraucht werden zur Einführung von Kohlenstoffen, die unsere Industrie braucht. Notwendig sind sie vor allem für die Textilindustrie. Wir haben mit der Kohlenstoffzufuhr schon viel zu viel gespart. Wir müssen alles tun, um in der Zukunft von Industrieerzeugnissen unsere Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Soweit Kohlenstoffe dafür vorhanden sind. — Man soll die Verhältnisse nicht immer so trübe ansehen. Immer, wenn es nicht nach Wunsch ging,

hat man den Zusammenbruch befürchtet, und er ist doch nicht eingetreten. So können wir auch jetzt sagen:

Die Befürchtungen sind übertrieben. Unser Wirtschaftsleben geht wieder empor.

Wenn es möglich wäre, unsere Kohlenproduktion um 50 Prozent zu steigern, dann würden wir aus den Schwierigkeiten herauskommen. Darum sage ich immer wieder, die Kohlenförderung ist der Lebensnerv unserer Wirtschaft. Es darf nicht angegriffen werden. Das gilt auch für die Eisenbahn, Kohlenförderung und Eisenbahn müssen wieder auf ihre alte Leistungsfähigkeit gebracht werden. Dann ist es leicht, die Industrie, die ihre Kohlenstoffe im Inlande hat, wieder auf die Höhe zu bringen. Es ist ein Jammer, mitanzusehen zu müssen, daß solche Kohlenstoffe, namentlich auch Düngemittel, die die Landwirtschaft so notwendig braucht, an den Produktionsstätten in großen Mengen liegen, aber aus Mangel an Transportmitteln nicht dahin gebracht werden können, wo sie gebraucht werden. Da müssen wir einschreiten. Aber das ist ungebührlich schwer. Die Arbeit in den Kohlenbergwerken können wir nicht beliebig steigern, denn dazu gehören geübte Arbeiter, auch spielt die Wohnungsfrage dabei eine Rolle, an deren Lösung wir arbeiten. Viel schwieriger wie die Lebensmittelversorgung ist die Kohlenversorgung. Wenn wir über diesen Winter hinweg sind, dann wird es möglich sein, wieder zu einer gesunden Grundlage unseres Wirtschaftslebens zu kommen.

Der Ausblick in die Zukunft

ist unsehbar. Wir haben schwere volkswirtschaftliche und politische Probleme zu lösen. Ich appelliere deshalb an unsere Freunde, daß sie sich nicht durch die Kritik an unseren Maßnahmen an den Grundfragen und den politischen Aufgaben unserer Partei irremachen lassen. Es ist heute schwerer wie je, das durchzuführen, was wir nach unseren Grundfragen in ihrer Reinheit möchten und für notwendig halten. Wenn sich unsere Genossen vorhalten, was wir in der kurzen Zeit unserer Verantwortlichkeit geleistet haben: Die ungehörige Demobilisierung des Willensheeres, den langsamen Wiederaufbau der Industrie, dann werden sie denen nicht zustimmen, die meinen, es wäre besser gewesen, wenn wir uns nicht an der Regierung beteiligten und alles hätten in Trümmern fallen lassen. Die Hoffnung, daß man auf den Trümmern der alten Gesellschaft eine neue Gesellschaft aufbauen kann, hat nach allen bisherigen Erfahrungen Schiffbruch erlitten. Wir müssen da wieder aufbauen, wo sich die letzten Reste des wirtschaftlichen Lebens zeigen. Aus dem Nichts kann man nichts schaffen. Wir können uns nur verlassen auf unsere Arbeit und die Mitarbeit unserer Parteigenossen. (Lebhaft Beifall.)

Die

Diskussion

wird eröffnet.

Völler bespricht einen Fall von verpönteiliger Kartoffelverfehlung auf einem Gute, wegen deren er sich mit einer Beschwerde an das Wirtschaftsministerium gewandt hat, die aber als unbegründet bezeichnet worden sei. Die Angehörigen dessen, der die Beschwerde veranlaßt habe, seien vom Gutserhalter gemäßregelt worden. — Buchmann tritt ein für Ausschaltung des Zwischenhandels in der Lebensmittelversorgung. Die Produkte würden durch den Zwischenhandel sehr stark verunreinigt. Die Gemeinden müßten die für ihren Bezirk benötigten Lebensmittel direkt bei den Produzenten einkaufen. — Popp fordert härtere Strafen, auch Bußhaus, für Lebensmittelverfehlungen. — Wendelsohn tritt für gerechte Preisfestsetzungen ein. — Erwin Barth verweist darauf, daß unsere Produktion gegenwärtig den Bedarf nicht deckt. Es müßte auf die Leistungsleistung dieses Wirtschaftskreises hingewirkt werden. Der Gewinn des Handels habe die Lebensmittelpreise auf eine unerschwingliche Höhe gebracht. Die nicht produktive Tätigkeit des Handels bringe einen viel höheren Gewinn wie die produktive Arbeit. Wenn wir die Arbeitslosigkeit heben wollen, muß dieses Mißverhältnis beseitigt werden. Hier müssen Maßnahmen von äußerster Strenge durchgeführt werden. Die Lebensmittelpreise werden abnehmend noch viel höher steigen, denn wir müssen doch zur Deckung des Defizits an Lebensmitteln in immer stärkerem Maße die Einfuhr vom Auslande benutzen. Durch Auslandsdefizit allein können wir nicht alles bezahlen, was wir brauchen. Wir müssen deshalb die Inlandsproduktion an Lebensmitteln mit allen Kräften steigern. Die Feindschaft zwischen Stadt und Land ist ein Unglück. Um den Landwirten den nötigen Anreiz zu geben, müssen die Höchstpreise dementsprechend festgesetzt werden. Wenn das ge-

schieht, dann ist es gerechtfertigt, daß die Regierung mit jedem Zwangsmittel gegen den Schleichhandel vorgeht, und zwar mit anderen Maßnahmen, als sie das gegenwärtige Strafrecht zuläßt. Es muß auch eine Form gefunden werden, um die Löhne den Lebensmittelpreisen anzupassen. Redner verwies dabei auf die gleitenden Löhne. — Goldschmidt kritisiert die Freigabe des Handels in Leder und Hafer. Wenn der Hafer zu Bucherpreisen im freien Verkehr verkauft werden kann, dann ist es kein Wunder, daß die Landwirte Brotgetreide veräußern und den Hafer verkaufen. In der Lohnpolitik genüge nicht das Vorgehen der Gewerkschaften, sondern durch Beschneidung der Unternehmer verpflichtet werden, die Verteuerung der Lebensmittel durch entsprechende Lohnverhöhung auszugleichen. — Klein fordert entsprechende Maßnahmen gegen die Anlegung von Kapital im Auslande sowie gegen das Verfüllen von Brotgetreide und gegen den Schleichhandel. Der Redner erklärt sich gegen die Gewährung von Anreizprämien an die Landwirte, da ja den Arbeitern keine Prämie für die Verwendung ihrer Arbeitskraft gewährt werde. Wir arbeiten freiwillig, weil es das Allgemeininteresse erfordert. Das fordern wir auch von den Landwirten. — Käßlich verlangt, daß die Landwirte im Interesse einer geordneten Lebensmittelversorgung zum Anbau der Produkte gezwungen werden, die zur Ernährung des Volkes notwendig sind. Ländliche Arbeitsgemeinschaften müßten gegründet werden, die den Anbau und die Ablieferung kontrollieren. Die Besitzer, welche ihren Pflichten nicht nachkommen, müßten durch die Arbeitsgemeinschaften unter Androhung der Hebernahme des Betriebes dazu angehalten werden. Die Sozialisierung müsse da einsetzen, wo der Lebensnerv des Volkes liegt: in der Landwirtschaft.

Robert Schmidt ging im

Schlussswort

eingehend auf die in der Diskussion vorgebrachten kritischen Vorwürfe ein. Er versicherte, daß er allen Angaben über Lebensmittelverfehlungen nachgeben werde, wenn sie ihm mit dem nötigen Beweismaterial zugehen. Anzeigen, bei denen die Beweise nicht zu erbringen sind, weil der Anzeigende mit seiner Person nicht hervortreten will, könnten allerdings keinen Erfolg haben. Die neuen

Strafbestimmungen gegen den Schleichhandel

würden schon in kurzer Zeit ihre Wirkung zeigen. Dem Redner, der die Arbeitsfreudigkeit der städtischen Arbeiter betonte im Gegensatz zu den Landwirten, müsse er sagen, man solle durch solche Gegenüberstellung den leider bestehenden Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht verschärfen. Es müsse anerkannt werden, daß auch auf dem Lande tüchtig gearbeitet wird. Ein Anbauzwang für landliche Produkte sei undenkbar. Es müsse den Landwirten überlassen bleiben, den Anbau nach Lage ihrer Wirtschaft selbst zu regeln. Für die ländlichen Arbeitsgemeinschaften könne er Schmidt, sich nicht begeistern, denn es habe sich gezeigt, daß die Arbeitsgemeinschaften auf dem Lande keineswegs zur Förderung der Lebensmittelablieferung beigetragen haben.

Der Vorsitzende Franz Krüger schloß die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß sich aus den Ausführungen des Genossen Schmidt ergeben habe, daß unsere Ernährungsfrage zwar ernst ist, aber aber die Befürchtung, wie Kassen vor dem Zusammenbruch, übertrieben ist. Solche Vorstellungen würden nur verbreitet im Interesse der extremen Parteien. In diesem Sinne würden die Parteigenossen in ihren Kreisen ausfließen wirken. Von der Regierung werde andererseits erwartet, daß sie alle Mittel anwende, um die inländische Produktion an Lebensmitteln zu heben, sie zu erleichtern und gerecht zu verteilen. Darin müsse die Regierung von der Bevölkerung unterstützt werden, dann kommen wir über die ernste Situation hinaus.

Der Redner machte noch auf die am Montagabend stattfindende Funktionärskonferenz aufmerksam, die zum Betriebsratgesetz Stellung nimmt, und ersuchte die Parteigenossen, die gegen das Betriebsratgesetz gerichtete Demonstration der Unabhängigen nicht zu unterstützen.

Die Einigung in Danzig gescheitert.

(Drohmelung des „Vorwärts“.)

Ein gemeinsamer Parteitag beider sozialdemokratischer Parteien nahm zu dem Einigungsprogramm Stellung. Nach stundenlangem Aussprache wurde der Antrag der Unabhängigen, der eine Verschärfung des Einigungsprogramms bedeutet, abgelehnt. Die Einigung ist infolgedessen gescheitert.

Technik der Briefmarke.

Von Franz Helmberger,
Direktor der Reichsdruckerei.

Am 1. Dezember 1919 erließ der Reichspostminister ein Preisverzeichnis für Briefmarken, die die Germania-Marken ersetzen sollen. Der Wettbewerb, dessen Bedingungen durch das Reichspostministerium in Berlin W. 66 festgesetzt zu bestehen sind, läuft Ende Januar ab. Er ist öffentlich. Jeder Deutsche kann sich daran beteiligen und so sein Votum zurgebung unserer vierzigjährigen Briefmarkenlaufzeit beibringen. Aus diesem Anlaß erscheinen wohl einige Worte über die rein technischen Erfordernisse der Postwertzeichen und ihrer Herstellung am Platze.

Was ist die Marke? In erster Linie geldwertes Verkehrsmittel, sodann Symbol staatlicher Oberhoheit, zweitens kunstgewerbliches Erzeugnis, nach dessen Güte man, nicht zum letzten, die ethischen Werte unseres Volkes beurteilen kann. Jede dieser Eigenschaften stellt besondere und hohe Anforderungen. Ihre Erfüllung ist unter den gegebenen Umständen schwieriger, als mancher denken mag.

Obenan steht der Geldwert. Er verlangt den größtmöglichen Schutz vor Fälschung. Die sicherste Gewähr hierfür bietet neben einer genauen Kontrolle der Herstellung und Veräußerung die Anwendung einer Technik, die die Nachahmung erschwert und auch den Laien Fälschungen leicht erkennen läßt. Bei Schaffung des Markenbildes muß also die Möglichkeit reicher technischer Entfaltung berücksichtigt und den Eigenheiten des anzuwendenden Druckverfahrens in die Hände gearbeitet werden. Es ist kein Zweifel, daß der weitaus größte Teil aller umlaufenden Briefmarken Allegorien, Figuren oder Bildnisse darstellt. Denn das Porträt gibt von jeder als das am schwierigsten zu fälschende Abbild. Selbst die geringste Veränderung in der Zeichnung hat einen völlig anderen Gesichtsausdruck zur Folge und macht sich dadurch dem ungeübten Auge am ehesten bemerkbar. Andere bildliche Darstellungen bereiten dem Fälscher minder Schwierigkeiten, da hier weniger einprägsame Zufallsbildungen auftreten, denen sich mit mancherlei Mitteln nachkommen läßt. Sehr viel besser ist dagegen reiches, gut durchgearbeitetes Flächenornament, möglichst in Verbindung mit Gullihenmustern. Außer der Zeichnung gewähren auch Papier und Farbe einen gewissen Schutz, doch dies erst in zweiter Linie.

Der symbolischen Bedeutung der Marke die entsprechende Beachtung zu schenken, wird niemandem schwer fallen, der sich mit ihrem Zwecke eingehender beschäftigt hat. Werden Symbole irgendeiner Art als Vorbild benutzt, so ist es wohl selbstverständlich, daß sie mit dem Charakter der Briefmarke als „Staatspapier“ in näherem Zusammenhange stehen. Gerade unsere Zeit bietet genug des Parlatan, um neuen Gedanken schöne und hoffnungsvolle Gestalt verleihen zu können.

So bliebe noch die Marke als Kunstwerk. Daß es ein solches, und zwar ein gutes sein soll, steht fest, nicht aber die Art seiner

Auffassung, obwohl sich diese aus der Zweckbestimmung der Marke von selbst ergeben muß. Der Geldwert der Briefmarken und der dadurch bedingte Schutz vor Nachahmung gebieten von vornherein einen gewissen Reichtum in der Ausstattung und Werten des sogenannten Malstils. Reichtum ist freilich etwas anderes als Überladenheit. Mit Geschick und Kunst muß es in den Rahmen des Ganzen gefügt werden. Wenn Schönheit und Zweckmäßigkeit im rechten Maße vereint sind, gehen sie erst jenes Bild, das die Bezeichnung „Kunstwerk“ in Ehren trägt. Meisterwerke in diesem Sinne waren die österreichischen Briefmarken des verflorenen Jahrzehnts. Stets wird sich empfehlen, einen einzigen Hauptvorwurf — sei es Hysterie, sei es biblische Parität — im gegebenen Format großzügig zu verarbeiten und nicht sagendes Beiwerk zu vermeiden. Der rechte Künstler wird trotzdem die nötige Abwechslung zu schaffen wissen und selbst die nächsten Anforderungen des öffentlichen Lesers in Schönheit lösen. Unanfechtbar und fähig ist die Wiedergabe von bildlichen Darstellungen von großen Ausmessungen. Die übertriebene Verfeinerung zerstört jede Wirkung, während die unnatürlichen Anforderungen an die Drucktechnik nach dem weiteren nach Mißerfolge beitragen.

Die Germania-Marken wurde viel gelästert. Der Grund hierfür lag nicht nur in ihrer künstlerischen Preiswürdigkeit: wir waren des Bildes auch sonst längst überdrüssig geworden und verlangten nach Neuem. Darum muß die Lebensdauer der künftigen Marken beschränkt und öfter mit der Ausgabe gewechselt werden.

Staatsoper: Madame Butterfly.

Aus dem Scheintop ist diese japanische Sittengeschichte wieder auferstanden. Und erstattet jetzt wie einst. Das wirkt der Stoff, an dem wir alle so innert beteiligt sind. Liebe und Eitel, Treue und Haterhaftigkeit, hegelisches Gerantenfieren eines Gläubers an die Beständigkeit von Schwärmen und allzu bequemes Hinwegsehen über die Schwammwagen der Leidenschaft — wen ginge das nicht an, wen trafe das nicht! Schönes Symbol des verengten Spanntes: Butterfly, Suzuki und das Kind warten eine Nacht auf den zurückkehrenden Freund, Gatten, Vater. Vergeblich und nicht ermahnt, gehoben von der Wandlung einer Hoffnung, einer Sehnsucht, die nur im Grab verweilt. Die Musik Puccinis haftet an den großen Vätern dieser tragischen Szenen. Nehmt vierzig Seiten der Partitur und Ihr habt den Akt, einen Akt: und Ihr habt den ganzen Puccini, der nur in der Höhe stärker war. Der führende Meister gegen die Grobheit des Verismus, ein interaktiver Illustriator voller gleichzeitiger Einsätze, spielend mit Feinheiten des Orchesters, die uns durch Rhythmus zur Gewohnheit geworden sind. Auch er zu schwach an Ingenium, um einem dritten Akt Ruhe, Sättigung, musikalische Tragkraft zu verleihen. Aber er gewinnt uns zum Wiedersehen, treibt die Erinnerung fort von der Höhe seines Melos und vertraut finalistische Wirkung dem italienischen Schöpfungsgesang.

Carneo und Dejmira, Parrar und Racleman ein — heute nur die Duz. Ein zartes, grazioses Japanerkind mit dem schönen Wissen von der Liebe; ein gequältes Tier, ein eiferndes Weib,

Dulderin und Heroine, eine erliche, eine menschlich durchpulste Gestalt. Und in allem Singen: die feine Linie ihrer kultivierten, diamantklaren Stimme. Die Duz trug das Werk. Der Vorletzte Redner wurde Staflage. Und in das Seitenstück des vergrößerten Dramas trug nur Krüger's mannhafter Konjunkt eine feine Nuance. Die Brutalität des Schlußes Hauptrolle eine weite Regie (Hoh) glücklich ab. Stiebs legte Feuer an die Partitur. So leuchteten die Farben, und die lockere Struktur brannte durch. Doch auf dem Heimweg rüttelte das Trio des Weits noch einmal Herz und Sinne auf.

Kurt Singer.

Gegen den Filmzensur-Entwurf protestierte gestern in den Kammerjalen eine vom Zensurverband der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands abberufene Versammlung. Nach einem heftigen rednerischen Sturm auf des Verbandshandlung Dr. Wenzel Goldbaum, dem Professor Naar vom Goethebund und Professor Dr. Leibig aus der Landesversammlung vertrieben, wurde ein Ausschuss gewählt, der sofort mit der Nationalversammlung und den Parteien Verbindung nehmen soll, um gegen den Zensur-Entwurf zu wirken, der, wie die von der Versammlung angenommene Resolution sagt, eine „Abwägung der Industrie“ und eine „Anhebung der freien Gedankenäußerung“ bezweckt. Die Angriffe der Film-inferenten werden in der Nationalversammlung die Kritik finden, die sie herausfordern.

Theater. In der Volkshalle sind bei der Uraufführung von Franz Wedekinds „Der Liebestrank“ am 17. Januar die Hauptrollen wie folgt besetzt: Fisk — Julius Sachs, Jurin — Adele Sandrod, Katharina — Marion Kogler, Schweigelin — Ernst Stahl-Rohbau, Edelin — Richard Deigold, Tullana — Käthe von Gruner. Die Regie führt Edgar Kisch. — „Eine Hobeit, der Dieb“, ein Spiel in drei Akten, das Kisch, Musik von Kurt Hillig, geht am 17. Januar am Friedrich-Wilhelmshof-Theater in Szene.

Kunst. Spanien, der bekannte Maler und Herausgeber der „Signale“, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Er hat als Maler, als Zeichner und Schriftsteller in Amerika und seit 1906 in Berlin fruchtbar gewirkt. Ein polemischer Kopf, tätig in der Bewegung des Surrealismus, nicht minder eifrig gegen das Plaisir und Unvollkommene. Selbst wenn es sich an berühmte Namen knüpfte, seine kritische Stellung dem Koloss Strauss gegenüber wirkte auch anders Tugendend imponieren. Ein Köhner, ein wirklicher Sachmann, ein vornehmer Mensch schied mit ihm.

Lichtbildvorträge über Oberstufen veranstaltet die „Urania“ am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, abends 8 Uhr. Der Vortrags-Schriftsteller Georg Ballma erwirbt ein Bild dieser Woche.

Vorabendkonzert. Ruth Wagners ein Vortrag in ihrem Vortrag, abends am Dienstag, den 13. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Hermann-Lübke-Saal, Straßburger Straße. Epische, Dramatische sowie Solisten von Schaller, Heine, Gothe, Müllers, Golda, Fontane, Hildebrandt und Hauptmann. — Hilda Wagner tritt am 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Reichs-Lied-Saal „Die Verze“ des Reichs-Lied-Saal, in der Uraufführung von Dion Fenchington, vor. — Al-Berliner Humor spendet Hans Balduin von der Volkshalle am 19. Januar, 7 1/2 Uhr, im Saal der Berliner Gesellschaft.

Weiter Auswanderung nach Südamerika und Mexiko spricht im Klub-Saal am 18. Januar, 7 1/2 Uhr, Reichs-Lied-Saal. — Musik. Herold und Rube Schanabel abends am 12. Januar, 7 1/2 Uhr, im Hermann-Lübke-Saal. — Schanabel abends am 12. Januar, 7 1/2 Uhr, im Hermann-Lübke-Saal. — Schanabel abends am 12. Januar, 7 1/2 Uhr, im Hermann-Lübke-Saal.

Streiklage im Reich.

Die Streiklage bei den Eisenbahnen in Deutschland hat sich seit Freitag verschärft. Sonnabend vormittag sind die Arbeiter von Bielefeld, Rastatt, Randersjurg und anderen Orten in den Ausstand getreten, obwohl die Eisenbahnverwaltung sich zu Beratungen mit den Arbeitern bereit erklärt hat. Die Zentralleitung der Gewerkschaft hat den Streik für unendlich erklärt und die Beamtenorganisation hat eine Beteiligung abgelehnt.

In einer von mehreren tausend Eisenbahnern besuchten Versammlung in Düsseldorf wurde Sonnabendabend mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, den Streik fortzuführen, da der Verdacht besteht, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit die Verhandlungen in Berlin sich in die Länge ziehen würden. Um den Forderungen der Eisenbahner Nachdruck zu verleihen, wurde verlangt, auch die Kohlenzufuhren für das städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk einzustellen. Die Streikleitung ist zu Verhandlungen nach Berlin berufen worden.

Zu dem in den Oberpostdirektionsbezirken Düsseldorf, Dortmund und Münster ausgebrochenen Streik der Telegraphenarbeiter wird mitgeteilt, daß die Lage noch nicht vollkommen gelindert ist. Störungen im Telegraphenverkehr sind nicht eingetreten und werden auch nicht befürchtet.

Der Deutsche Verlegerverband, Sitz Düsseldorf, erklärt, daß er sich an den im Ruhrrevier geplanten Demonstrationen nicht beteiligen will, da er diese Demonstrationen im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage des Reiches und die Notlage der Arbeiter und Angestellten nicht verantworten kann.

Versammlungsverbot in Bayern.

Der Münchener Polizeipräsident hat als Staatskommissar von Montag ab alle öffentlichen Versammlungen politischen Charakters verboten. Auch die bereits genehmigten Versammlungen dürfen nicht mehr stattfinden. Das Verbot ist mit Rücksicht darauf erlassen, daß es in der letzten Zeit in den öffentlichen politischen Versammlungen sehr Sturmisch zugegangen ist und die Gefahr besteht, daß Unruhen auf die Straße getragen werden könnten.

Der Sturm gegen das Betriebsrätegesetz.

In zahlreichen Versammlungen am Sonntag haben die Anhänger der U. S. P. wieder einmal Sturm gegen das Betriebsrätegesetz geblasen. Es werden die alten Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, die den Arbeitern ihre Rechte zu rauben suche, und einer der Redner vertritt sich sogar zu der Behauptung, daß unter Wilhelm II. jeztige Zeiten gewesen wären! In der üblichen Weise wurde alles dieser Geschwafere heruntergerissen, ohne daß irgendwelche neuen Gesichtspunkte zutage gefördert wurden. Die Redner schlossen mit der ihnen selbst wohl nicht ganz klaren Forderung revolutionärer Betriebsräte und mit einem Hoch auf die russischen Arbeiter, die wohl auf diese Forderung mit dem gleichen Jubel und der schlagenden Dohn quittieren dürften wie auf die früheren Anbiederungsworte der Unabhängigen.

Der Rücktransport beginnt.

Nach einer Vorberatung hat die Unterkommission für die Kriegsgefangenen am Sonnabend die Bedingungen für den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen geprüft. Die Heimkehr soll beginnen, sobald die nötigen Eisenbahnwagen aus Deutschland eingetroffen sind, und wird dann ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden. Nach dem „Rat“ werden die erstenzüge der deutschen Kriegsgefangenen die französisch-deutsche Grenze noch nicht passieren können, weil der deutsche Wagenpark eine Verstopfung von einigen Stunden erlitten hat und noch nicht eingetroffen ist.

Das Schreiben Clemenceaus über Scapa-Flow.

Der Text des Schreibens, das Clemenceau Sonnabendmorgen nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden dem Präsidenten von Verdun übergab, hat folgenden Wortlaut:

Friedenskonferenz, Paris, 10. Januar 1920.

Herr Präsident!

Nachdem das in der Note vom 2. November vorgesehene Protokoll von den bevollmächtigten Vertretern der Deutschen Regierung anerkannt ist und demgemäß die Ratifikationen des Friedensvertrages von Versailles niedergelegt sind, ergreifen die alliierten und assoziierten Mächte die Gelegenheit, der Deutschen Regierung zu wiederholen, daß sie, sobald sie die Wiedergutmachung für die versenkten Schiffe von Scapa Flow aufschreiben, nicht die Absicht haben, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu beeinträchtigen. Sie bekräftigen dies bezüglich der gegenwärtigen Schreiben die Erklärungen, die der Generalsekretär der Friedenskonferenz am 23. Dezember dem Präsidenten der deutschen Delegation mündlich abgegeben hat.

Diese Erklärungen sind folgende: 1. Der Generalsekretär ist durch den Obersten Rat ermächtigt worden, der deutschen Delegation zu versichern, daß die interalliierte Kontrollkommission sich mit größter Sorgfalt um die in der Note vom 8. Dezember bezüglich der Wahrung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands enthaltenen Forderungen halten werden.

2. Die Sachverständigen der alliierten und assoziierten Mächte, in der Meinung, daß ein Teil der Erhebungen, auf die sie ihre Forderungen von 100 000 Tonnen Schwimmboden, schwimmenden Kränen, Schleppten und Baggern gestellt haben, in gewissen Einzelheiten ungenau sein könnten, sind der Ansicht, daß ihnen bezüglich der in Hamburg befindlichen 80 000 Tonnen Schwimmboden ein Verzicht unterlaufen sein dürfte. Wenn die Untersuchungen, zu denen die interalliierte Kontrollkommission schreiten wird, ergeben haben, daß wirklich ein Verzicht vorliegt, so sind die alliierten und assoziierten Mächte bereit, die Forderungen entsprechend herabzusetzen, derart, daß sie auf 30 000 Tonnen in runder Zahl über und sogar darunter zu setzen werden, wenn die Notwendigkeit der Derabsetzung durch dringende Gründe erwiesen wird. Den bevollmächtigten Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte müssen dabei alle Erleichterungen gewährt werden, um ihnen zu gestatten, die erforderlichen Erhebungen zur Nachprüfung der deutschen Angaben zu machen, bevor irgendwelche Erhebungen der allgemeinen Forderung durch die alliierten und assoziierten Mächte erfolgen können.

3. Die alliierten und assoziierten Regierungen, indem sie sich auf den letzten Paragraphen des Friedensvertrages, der ihre Antwort enthält, beziehen, sind nicht der Meinung, daß die Verankerung der deutschen Schiffe in Scapa Flow an sich ein Kriegsverbrechen sei, das nach Artikel 228 des Friedensvertrages politische Strafen nach sich zieht. Andererseits bemerken die assoziierten und alliierten Mächte, daß sie die wirtschaftlichen Lebensinteressen nicht außer Acht lassen, eine Forderung auf 100 000 Tonnen gestellt haben; welche Forderung auf einem von ihnen aufgestellten Inventar beruht.

Die deutschen Sachverständigen haben ein Verzeichnis abgeliefert, das eine kleinere Riffel enthält und das noch geprüft werden wird. Demgemäß werden von den 100 000 Tonnen schwimmenden Bodens, schwimmenden Kränen, Schleppten und Baggern, deren Ablieferung die Alliierten verlangen, alle Schwimmboden abgezogen, die nach der Überprüfung als ein Verzicht in den Verzeichnissen der Alliierten stehen (und die daher nicht bestehen). Zusammen soll diese Verabreichung 125 000 Tonnen nicht überschreiten. Die alliierten und assoziierten Mächte sind überzeugt, daß die 120 000 Tonnen, deren Ablieferung von der Deutschen Regierung vorgeschlagen wurde, und deren Verzeichnisse anlässlich der Beratungen der Sachverständigenkommission abgeliefert wurden, sofort abgeliefert sind. Für den Rest der abzuliefernden Tonnenzahl, wie sie von der Wiedergutmachungskommission bestimmt werden wird, wird der Deutschen Regierung eine Frist gewährt, die ihr die Ablieferung der gesamten Tonnenzahl 30 Monate nicht überschreiten darf.

Genehmigen Sie usw.

(Orig.) Georges Clemenceau.

Kleine politische Nachrichten.

Mandatniederlegung Winnig. Wie die „N. P. M.“ erfahren, hat der Oberpräsident von Ostpreußen, Genosse August Winnig, sein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt. Er war in Pommern gewählt.

Zusammentritt des Untersuchungsausschusses. Der parlamentarische Untersuchungsausschuh der Nationalversammlung wird voraussichtlich im zweiten Drittel des Januar wieder öffentliche Sitzungen abhalten. Etwas Genaueres läßt sich zurzeit nicht angeben, da fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses Berlin verlassen haben.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion tritt am Dienstagmorgen 1/8 Uhr zusammen, die Fraktion selbst tags unmittelbar nach der Plenarsitzung.

Für 3 Millionen Mark Fleisch beschlagnahmt haben in Köln zwei Hochmeister. Es sind achtzehn Waggons, die beschlagnahmt werden sollten. Der Hauptfischer ist verhaftet.

Wirtschaft.

Weitere Steigerung der Kaffeepreise. Am 10. Januar notierte Kaffee an der Berliner Probantenbörse ab Bahn M. 130-131 der Zentner.

Zusammenkünfte im Brauereigewerbe. Die Generalversammlung der Brauerei Königshardt genehmigte die Übernahme der Deutschen Bierbrauerei. Man beugt die durch die ungünstigen Ergebnisse der Gesellschaft bedingte Kapitalherabsetzung, um sich einen wertvollen Betrieb anzuschließen durch Erwerb eines Kontingentes in ungefähr gleicher Höhe wie bisher. (Von der Deutschen Bierbrauerei kommen 88 000 Zentner Malz, von der Münchener Brauhaus-A. G. 31 000 Zentner in Betracht.) Durch die Verlegung des Betriebes in die Anlagen der Königshardt-Brauerei glaube man, bezügliche Ersparnisse erzielen zu können, daß für die Aktionäre in Zukunft eine gute Rente mit Bestimmtheit erwartet werden dürfe.

Die Kaufkraft der österreichischen Krone.

An der Wiener Börse wurden am 9. Januar bezahlt für

	Friedenskurs
100 deutsche Mark	407 Kr. (379 Kr.) statt 118 Kr.
100 holländische Gulden (Devisen)	7175 „ (6875 „) „ 200 „
100 Schweizer Franken	3425 „ (3175 „) „ 94 „
100 dänische Kronen	3640 „ (3500 „) „ 133 „
100 norwegische Kronen	3850 „ (3700 „) „ 132 „
100 schwedische Kronen	4050 „ (3850 „) „ 132 „

In Klammern ist der Stand vom 3. 1. 20 angegeben. (Siehe letztes Sonntagsblatt.) Eine sehr erhebliche weitere Entwertung der österreichischen Krone ergibt sich aus den obigen Zahlen.

Bewerkstellende Reichsbankschäfte an Ostlinger Unternehmungen. Denjenigen deutschen Geschäftlichen, deren Ostlinger Unternehmungen von den Franzosen durch Zwangsliquidation losgelöst worden sind, hat die Reichsregierung nach der „Frankfurter Zeitung“ vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung der Liquidationserlöse einwöchigen vorläufigen Nachschüsse in Aussicht gestellt, sofern drückende Schulden oder sonstige Verhältnisse vorliegen, die einen solchen Geldempfang angezeigt erscheinen lassen.

Der Handel mit polnischen Gelde hat in den letzten Tagen im polnisch-deutschen Grenzgebiet ungewöhnlichen Umfang angenommen. Die polnische Mark taucht in nie gesehenen Mengen auf und jeder handelt damit; gleichzeitig sinkt der Wert der polnischen Mark gegenüber der deutschen darunter. Das große Angebot polnischer Gelde läßt sich durch die Lärche erklären, daß sich eine bedeutende Menge falschen polnischen Geldes im Umlauf befindet, weshalb beim Erwerb polnischer Währung große Vorsicht am Platze ist. Manche Kassisten sind sehr ungeschickt ausgeführt. („D. Tidings“ vom 3. 1. 20.)

Groß-Berlin

Sozialistische Bildungsschule Groß-Berlin.

Im Quartals Januar-März 1920 ist eine große Reihe von Kurien vorgesehen, die fast ausschließlich aktuelle Fragen behandeln. Unseren Parteigenossen und -genossinnen soll dadurch Gelegenheit geboten werden, sich mit all den Problemen bekanntzumachen, die für den bevorstehenden Kampf von Bedeutung sind. Die Kurse beginnen sämtlich in der zweiten Hälfte des Januar. Alles Nähere darüber wird noch rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Für heute sei zunächst auf

die Oberstufe

hingewiesen, die in diesem Quartale zum dreimaligen Kurse veranstaltet und über folgende Themen:

a) Volkswirtschaft. Halbjahresthema für Fortgeschrittene. Jeden Freitag 7-9 Uhr. (Lehrer: Max Grünwald.) Beginn 29. Januar. (Lokal wird noch bekanntgegeben.)

b) Ökonomie für den ganzen Kursus 10 U. Die Teilnahmegebühr wird auf 20 Reichsmark. Der Preis des Kursums ist in Form einer Arbeitsgemeinschaft das angegebene Wissensgebiet gründlich durchzuarbeiten.

Bedingung für die Teilnehmer: Die Teilnehmer müssen sich schriftlich bewerben und dabei angeben, an welchen Kurien über Volkswirtschaft sie schon teilgenommen bzw. welche Vorbildung sie auf diesem Gebiete haben. Aus den eingegangenen Bewerbungen wählt der Bezirkskommissionärsrat 50 Teilnehmer aus mit der Maßgabe, daß Parteimitglieder, die sich als solche durch Verfügung einer Parteimitgliedschaft oder zuständigen Parteioffiziation ausweisen, den Vorrang haben. Die Bewerbungen sind bis zum 22. Januar an den Bezirkskommissionärsrat (Adresse: Albert Gortis, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. 2. Hof links, 4 Tr.) einzureichen.

Die Teilnehmer erhalten rechtzeitig nähere Bescheid.

c) Nebenkursus für Fortgeschrittene (mit besonderer Einwirkung auf den bevorstehenden Kampf). Der Kursus dauert ein Vierteljahr und ist in der Hauptsache als Fortsetzung der im letzten Quartale stattgefundenen beiden Nebenkurse gedacht. Jeden Dienstag 7-9 Uhr. (Lehrer: Dr. Johnson.) Beginn: 27. Januar. (Lokal wird noch bekanntgegeben.) Ökonomie für den ganzen Kursus 3 U.

Bedingung für die Teilnahme: Schriftliche Bewerbung wird unter a angegeben bis zum 20. Januar an den Bezirkskommissionärsrat. Außerdem hat jeder Bewerber durch Bestätigung einer schriftlichen Besätigung seiner zuständigen Parteioffiziation den Nachweis rednerischer Befähigung zu liefern. Die Teilnehmer erhalten rechtzeitig nähere Bescheid.

Für 1 1/2 Millionen Selde gestohlen.

Der Hochaufseher Michel lernte einen Mann namens Genré kennen, der ihm vorschlug, ihm Seidenstoffe zu beschaffen, für die er Großabnehmer sei. Michel ging auf den Plan ein und Genré bestellte ihm vorbereitete Frachtbriefe. Einmal Tages kam nun eine große Seidenladung im Werte von drei Millionen Mark in zwanzig Kisten an. Für die Verladung dieser wertvollen Sendung wählte man einen Umweg über den Schiefischen Bahnhof, weil man glaubte, daß sie von dort aus leichter wegkassieren könne. Michel nahm zunächst zehn Kisten in Angriff. Er entfernte von ihnen die Signierungen, besetzte sie neu, richtete sie an einem Bahnbetriebsprose in Kaufsän, der von der Schiefung keine Ahnung hatte, verließ die entzündend vorbereiteten Frachtbriefe mit dem Umladeempfehlend und ließ so die Kisten vom Anhalter nach dem Schiefischen Bahnhof gehen. Von dort wurden sie mit großes Fuhrwerk abgeholt, unterwegs aber auf der Straße auf einen bereitgehaltenen anderen Wagen umgeladen. So beschwandten die Kisten. Während man nach ihnen suchte, kam auch ein Korb mit Umhangsgegenständen. Dieser wurde im Besitz des Michel gefunden und er enthielt Selde aus der verschwandenen großen Sendung. So kam man dem Diebe auf die Spur. Eine Hausdurchsuchung, die die Kriminalpolizei bei Michel vornahm, führte eine Handtasche zutage, die 150 000 R. enthielt. Die zehn Kisten hatten für 1 300 000 R. Seidenstoffe geborgen. Michel hatte aus dem Erlös der Ware von Genré über 300 000 R. abbekommen, sich seine Kleidung beschafft, auch seine Geliebte, bei der er hauste, ausgestattet und ihr eine Wohnung eingerichtet. Mit ihm wurde von der Kriminalpolizei ein Vater Otto Gehlitz und ein Güterbodenarbeiter und Zuluftmeister Hermann Bürger verhaftet und der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Genré ist noch nicht ermittelt. Gehlitz wurde bei den Befragungen nicht tätig mit, daß sie aber gegen Freigang gesehen.

Ein Diebstahl vereitelt.

Einer Zweigstelle einer hiesigen Großbank wurden von der Generalkriegskasse 250 000 R. zur Auszahlung auf ein neu eingerichtetes Konto überweisen. Bald darauf erschienen zwei Männer, um auf Scheck 100 000 R. von dieser Summe abgehoben. Dem Kassierer kam jedoch die Sache etwas verdächtig vor, er verweigerte die Zahlung, auch dann noch, als sie mit einem neuen Scheckbuch noch einmal kamen.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß einer der beiden Männer ein Gerichtsassessor Kurt Fahlisch war, ein früherer Angestellter der Generalkriegskasse, Reisetagebuch und zugleich Kompagnieführer bei der Einwohnerversammlung in Charlottenburg. Fahlisch lebte weit über seine Verhältnisse und hatte schon in der Kriegszeit versucht, sich durch Schleichhandelsgeschäfte über Wasser zu halten. Die Erinnerung an seine Tätigkeit bei der Generalkriegskasse brachte ihn auf den Gedanken, sich durch einen Diebstahl bei ihr wieder „gelund“ zu machen. Sein Plan ging dahin, eine Intendantur anzuweisen zu lassen, die bei der Generalkriegskasse einzuschlagen und das Geld der Anweisung entsprechend bei der Bank abgehoben. Die Errichtung eines Bankkontos besorgte ein Freund von ihm, den er in seinen Plan einweichte. Eine Hinterlage, nach der die Intendanturanweisung gefällig werden sollte, mußte aus dem Bureau der Generalkriegskasse geholt werden. Mit Hilfe seines alten Freundes Karl Wanzel, einen ehemaligen Angestellten der Generalkriegskasse, hob er eine gemietete Anweisung zur Anfertigung der Forderungen brachte man jetzt nur noch einen „Nachmann“. Diesen besorgte ein Kaufmann Otto Reich, der mit Fahlisch befreundet war, durch einen ihm bekannten alten Buchhändler Wilhelm Richter in einem Arbeiter einer Buchbinderei Richter verlangte für seine Mitarbeit 20 000 R. und erhielt sie auch zugesichert. Um die nun gefällige Anweisung unanfällig an die Generalkriegskasse gelangen lassen zu können, stellte man sie in einen von Fahlisch beschafften Briefumschlag, der mit dem Aufdruck „Geheime Sache“ versehen war und dann noch mit einem Briefchen von dem Arbeiter gefälschten Poststempel postmäßig fertiggestellt wurde. So ging der Diebstahl in den Reihen der Generalkriegskasse. Die Anweisung erfolgte und der große Streich wäre gelungen und wahrscheinlich auch noch wiederholt fortgesetzt worden, wenn nicht der Bankkassierer Verdacht geschöpft hätte. Die Schwindler und Fälscher wurden von der Kriminalpolizei festgenommen und in Untersuchungshaft gelegt.

Fast 60 Jahre alt starb gestern der Genosse Hermann Eimer, der seit 1900 als Schriftleiter am „Vorwärts“ tätig war. Der Verdorbene schied sich schon in seinen Jugendjahren der Partei an und verbüßte noch ein halbes Jahr vor Ablauf des Sozialistenjahres eines dreimonatigen Gefängnisstrafe wegen Verbreitung boshafter Schriften in München. Ebenso rogen Anteil wie am Gewerkschaftsleben (er war lange Jahre im Verein Berliner Gewerkschaftsleiter) nahm der Verstorbenen auch an den Bestrebungen der Partei für die er bis in die letzten Jahre an den Bestrebungen der Partei bei Wahlen mit treuer Pflichterfüllung leistete. In seinen Kreisen seiner Kollegen war der Verdorbene seiner stets bewiesenen Hilfsbereitschaft und seines nie verlassenden Humors wegen besonders beliebt.

Eine Verbesserung im Säckerverkehr tritt von Dienstag, den 20. d. M. ab, in Kraft. Bisher mußten die Reisenden, die von Grünau kamen und nach den Stationen Tempelhof, Poppenbrunn, Köpenick, in Hermannstraße bzw. Treptow umsteigen. Vom Dienstag ab wird dieses Umsteigen dadurch beseitigt, daß eine Straße von Bogen, die bisher nur zwischen Grünau und Hermannstraße verkehrte, bis zur Ringbahnstation Wilmersdorf-Friedenau durchgeführt werden. Die Bogen werden in den Hauptverkehrszeiten abfahren, und zwar ab Wilmersdorf-Friedenau um 6.44 früh, 7.14 und 7.44 vormittags, 2.14, 2.44, 3.14, 3.44, 4.14 und 4.44 nachmittags. In der Gegenrichtung fahren die Bogen von Grünau um 6.42, 7.12, 7.42 vormittags, 2.12, 2.42, 3.12, 3.42, 4.12 und 4.42 ab. Mit der Einrichtung dieser Bogen wird auch gleichzeitig eine Entlastung der überaus stark besetzten Vollringzüge erreicht.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wilmersdorf. 375 Gramm Zucker (80), 350 Gramm Marmelade (105), 125 Gramm Cranen (112), 250 Gramm Saft (Großkommission VII). Für werbende Mütter im 4. bis einschl. 6. Monat: 3 Teiln. Pöndelmilch, 3/4 Liter; 3 Eier.
Zeugnisbüro. Vom Freitag, den 16. d. M., ab in den hiesigen Kleinhandelsbetrieben nach Nachdruckentwurf an Allentretliche Lebensmittelkarte 2 Stück Suppenwürfel (555), ein Lebensmittelkarte des Kreisfeldes 350 Gramm anlässlich der Hülsenfrüchte (110), 125 Gramm Mandeln (112), 125 Gramm Teigwaren (113). Für Jugendliche 200 Gramm Getreide (17), 8 Stück Pfefferkörner (305 und Hausbrotkarte).
Genossenschaft. Konig und Dienstag Ausgabe von Säckelstücken.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 12. Mt. Die Funktionärsitzung findet erst am Dienstag 7 Uhr bei Schuber, Lustauer Str. 23, statt.
- 13. Mt. Die Funktionärsitzung am Sonntag fällt aus. Alle Funktionäre besuchen die Versammlung in den „Germania-Sälen“.
- 14. Mt. Die Sitzung der Funktionäre und Vertrauensleute findet am Dienstag, den 15. Januar, bei Lehmann, Viebigstr. 34, statt.
- 15. Mt. Die Konferenz der Funktionäre findet Dienstag, den 16. Januar, beim „Friedensklub“ bei Zühlke, Albrechtstr. 15, statt.
- 16. Mt. Die Sitzung der Funktionäre findet Dienstag, den 17. Januar, beim „Friedensklub“ bei Zühlke, Albrechtstr. 15, statt.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Streik der Versicherungsangestellten.

Die Tarifbewegung der Versicherungsangestellten ist durch das Zugeständnis der Unternehmer, mit dem Zentralverband über den Abschluss eines neuen Reichstarifs zu verhandeln, in ein neues Stadium getreten. Um diese Verhandlungen zu erzwingen, waren die Angestellten in den verschiedensten Städten Deutschlands, vor allem die Berliner Berufsangehörigen, in den Streik getreten. Das gesteckte Kampfziel ist erreicht, die Angestellten nehmen daher, der Parole ihrer Organisationsleitung folgend, heute morgen ihre Arbeitsplätze wieder ein.

Bereits heute nachmittag beginnen die zentralen Verhandlungen über die von den Arbeitnehmern aufgestellten materiellen Forderungen. Sichtlich nehmen die Aussprachen einen schnellen und befriedigenden Verlauf, damit den Angestellten auch ein materieller Erfolg für ihre ideale Kampfesfreudigkeit wird.

Der Abbruch des Streiks durch den Zentralvorstand, der aus den oben skizzierten Gründen erfolgen mußte, hat, wie bei der Opferbereitschaft der Streikenden nicht anders zu erwarten war, nicht überall das richtige Verständnis gefunden. In einer Verkammung der Obleute der Streikenden, die am Sonntagvormittag zu der Parole des Zentralvorstandes Stellung nahm, wurde gegen die Darlegungen des Vertreters des Vorstandes von verschiedenen Rednern heftig opponiert. Schließlich jedoch wurde dem Beschlusse zugestimmt, in allen Berliner Versicherungsgesellschaften am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Durch ihren Beschluß haben die Obleute der Streikenden der gegebenen Situation Rechnung getragen. Was vielleicht — aber auch nur vielleicht — in Berlin möglich war, durch Fortsetzung des Streiks einen größeren Teil der Forderungen durchzusetzen, als möglicherweise auf dem jetzigen Verhandlungswege erreicht wird, wäre an verschiedenen anderen großen Orten nicht möglich gewesen. Der Geschlossenheit der gesamten Angestelltenchaft des Reiches gegenüber den Unternehmern der Branche wäre damit ein schwerer Schaden gemorden. Diese Erkenntnis hat nach unserer Meinung die Organisationsführung in ihrem Handeln geleitet und dieser Erkenntnis dürfen sich auch die Stürmer und Dränger unter den Angestellten nicht verschließen.

Die Wahl im Zentralverband der Angestellten.

Die Wahl der Generalversammlung delegierten am Sonntag hatte nach vorläufiger Zählung (8 kleinere Bezirke sehen noch aus) folgendes Resultat:

Stufe 10 (verschiedene Bezirke)	gegen die Opposition	8281 Stimmen
7 (A. S. P. und A. F. D. gegen Opposition)	4680	
5 (für parteipolitische Neutralität)	3411	
18 (Versicherungsgestellte)	1108	
14 (Metallindustrie)	901	
8 (A. S. G.)	806	
1 (Brauereiangestellte)	292	
8 (Postbeamte)	288	
9 (Konsumvereinsangestellte)	257	
2 (Generalriegelklasse)	191	
11, 12, 13, 15, 16 (verschiedene Einzelbetriebe)	98	

Die Wahl bedeutet einen vollständigen Reifall der „Opposition“, die ihre Agitation mit großem Geschick und mit persönlichen Beschimpfungen betrieben hat, und die sich schon vollständig auf die Übernahme der vollen Macht im Verbande eingerichtet hatte. 70 Proz. der Mitglieder haben sich durch ihre Abstimmung für die parteipolitische Neutralität des Verbandes erklärt.

Teilabschluss der Lohnbewegung in den Bach- und Schließgesellschaften.

Mit der Nachwachsgesellschaft Charlottenburg, der Berliner Bach- und Schließgesellschaft, Inf. Potsdam, und der Brandenburger Bach- und Schließgesellschaft, welche dem Verband der Bach- und Schließgesellschaften (Räiner Verband) angeschlossen sind, ist es zu einer Einigung gekommen. Die Verhandlungen, die im Dezember geschleitet waren, sind erneut am 8. Januar wieder aufgenommen worden und haben zu einem Teilabschluss geführt.

Der neue Tarif bringt den Bäckern ab 1. Januar eine monatliche Gehaltsgulage von 75—100 M., den Bäckerinnen 100—120 M., den Oberbäckern 75—90 M., den Kontrollleuten 90—100 M., außerdem einen Ueberlöhneausgleich von 25—75 Pf. pro Stunde. Regelung des Sonn- und Feiertagsdienstes. Die Gesellschaften verpflichten sich, freie Kleidung zu liefern, anderenfalls wird Beleidigungsgeld in Höhe von 30 M. pro Monat gewährt. Neben der Bewilligung verschiedener sozialer Forderungen verpflichten sich die Gesellschaften, als die rechtmäßige Vertretungsorganisation der Rechte ihrer Angestellten den Deutschen Transportarbeiterverband sowie den Arbeiterrat bzw. den Arbeiterausschuß anzuerkennen. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, Entlassungen und Entlohnung wird ausdrücklich anerkannt. Die Arbeitszeit beträgt im Winter 8, im Sommer 7 Stunden. Der Vertrag gilt bis zum 31. März dieses Jahres.

Durch den Teilabschluss ist die Lohnbewegung bei den Nachwachsgesellschaften, welche dem Verband der Bach- und Schließgesellschaften (Räiner Verband) angeschlossen sind, zum Abschluß gelangt. Mit dem Verband der Schließ- und Wachmittler der Grundbesitzervereine angeschlossen Nachwachsgesellschaften, bei denen bisher keine Einigung erzielt werden konnte, werden neue Verhandlungen

in den nächsten Tagen vor dem Schlichtungsausschuß stattfinden, in Frage kommen noch 7 Gesellschaften mit 600 Beschäftigten.

Forderungen der städtischen Transportarbeiter.

Die Transportarbeiter der städtischen Betriebe hatten gestern eine vom Zentralausschuß der Arbeiterausschüsse städtischer Arbeiter einberufene Versammlung (in den Zentralbetrieben, Alte Fabrikstraße). Barwig zeigte in seinem Referat über „Die Löhne der Arbeiter und die gegenwärtige wirtschaftliche Lage“, wie weit hinter der ungeheuren Steigerung aller Lebensmittelpreise die bisherige Erhöhung der Arbeiterlöhne immer noch zurückbleibt. Er schilderte die mit dem Berliner Magistrat geführten Lohnverhandlungen und stellte, daß bei der letzten Lohnbewegung der Gemeindearbeiterverband bzw. der Zentralausschuß für die Gemeindebetriebe nicht gemeinsam mit den anderen in Frage kommenden Arbeiterorganisationen vorgegangen ist. Die Verhandlungen über den Reichsantantarif werden, wie der Magistrat hat verlauten lassen, nächsten beginnen. Der Tarifvertrag soll abgeschlossen werden mit dem zu gründenden neuen Verband deutscher Stadtgemeinden, der ein „Arbeiterverband der Städte“ wäre. An das Referat knüpfte sich eine lebhaft diskutierte, in der die Forderung, neben dem zum Ausgleich der Brot- und Kartoffelversorgung notwendigen laufenden laufenden Leuerungszulage noch eine einmalige Wirtschaftshilfe zu erhalten, einen breiten Raum einnahm. Zugestimmt wurde neben einem Protest gegen die von den zuständigen Organisationen geführten Verhandlungen auch einer Erklärung, daß gegenüber der gewaltigen Lebensmittelerhöhung die bisherigen Löhne völlig unzureichend sind, und daß mit Geltung vom 1. Januar 1920 eine laufende Leuerungszulage von 50 M. pro Woche und von 12 M. für jedes Kind sowie eine einmalige Wirtschaftshilfe von 500 M. und für jedes Kind 200 M. gefordert werden. Der Transportarbeiterverband soll zusammen mit dem Zentralausschuß diese zuerst von den Gewerkschaften und danach auch vom Staat- und Gemeindearbeiterverband angeforderte Forderung beim Magistrat vertreten. Man erwartet, daß sie dann schnellstens erledigt wird.

Über den technischen Angestellten und Beamten. Versammlungen am Dienstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr. Fachgruppe Chirurgie-Mechanik und Verwandtes: Berliner Kongressstr. 12, am Brandenburger Tor. Fachgruppe Elektrotechnik-Schweißarbeiten: Rasthofstr. 31. Fachgruppe Wasser-Industrie (Keramik, Zementfabriken usw.): Rosenthaler Hof-Rosenthaler Str. 11-12.

Jugendveranstaltungen.

Sozialistische Schülerzeitung Groß-Berlin. Heute 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, Hof II, 3 St.: Vortrag des Herrn Dr. Kötter. Interessierten herzlich eingeladen.

Wochen. Sämtliche Kollegen treffen sich Montag, 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Berlin, für den reaktionären Kellner Krüger, Oberleitend: für Kassel: H. Glode, Berlin. Verlag: Bornstraße-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstraße-Verlag u. Verlagsbuchhandlung Paul Siner u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Auch die sauberste Mutter

ist der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Ungeziefer mitbringt. Sie kann es aber — Ungeziefer nebst Nissen — sofort durch Kopf- und Haarwasser Pfeifferol radikal beseitigen. Dabei schäumt unser Haarwasser prächtig, reinigt die Kopfhaut von Schuppen, befördert den Haarwuchs und macht das Haar voll und locker. Flasche 2 und 3 M. überall zu haben.

Parasiten-Liniment-Pfeifferol, geg. Körper- u. Aideriden, Fl. 2 u. 3 M.
Trieresol-Puder Pfeifferol, gegen Pilze, 1,25 M.
Hautereme Pfeifferol, Tube 2,00 M.
Frostereme Pfeifferol, in Tuben und Dosen 1,50 M.
Wanzentod Pfeifferol, Flasche 2,50, 3,50 und 5,00 M.

Apotheker Otto Pfeiffer & Pöhler, N. 65, Schulstr. 17.

Theater, Lichtspiele etc.

Central Theater
L. Koman
Santander 57
Dir. Walter Kolke 57.
Täglich 1/4 8 Uhr:
Frl. Pude
Soubrette:
Alice Hechy
Maat Senfker
Paul Heidemann
Dominik Löscher
Gustav Jahred

Mittwoch, 14. Jan., 3 Uhr:
Häsel u. Ortel (kl. Pr.)
Sonntag, 18. Jan., 3 Uhr:
Die Faschingstee (kl. Pr.)

Besuch auf an der Theaterkasse 10-2 und 6 Uhr.
Bierheim und Jussalband.

Aufbau und Werden

Gesellschaft für praktische Volkserziehung, Berlin W 57,
Friedrichstraße 67.

Für die Arbeiterschaft insbesondere für die Partei, Gewerkschafts- und Betriebsvereinsarbeit.

Dienstag, den 12. Januar, abends 7 Uhr. Inhalt im Saal des „Kriegshof“, Rosenthaler Str. 24, bei zweitem Vortrag aus dem Zyklen „Bilanzen-Aufbau und Kritik“ gehalten von Wilhelm Kückenberg, ehem. Leiter (Cheffabrik-Untersicht) Post.

Thema:
Die buchhalterischen und juristischen Grundlagen der Bilanzen.

Es empfiehlt sich, Schreibung und Bilanz mitzubringen. Diejenigen, welche dem ganzen Kursus (10 Vorträge abends 7 Uhr Dienstags) teilnehmen zu belegen wünschen, werden um Mitteilung ihrer Adresse gebittet.

Eintritt frei.
Schreiben und Fragebeantwortung.

Ortskrankenkasse der Buchbinder u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
Befanntmachung.
Wir machen hiermit bekannt, daß bis in der Zusammenkunft am 12. Dezember 1919 befristeten Sitzungsbearbeitungen genehmigt sind und mit dem heutigen Tage, nämlich bis 12. Dezember 1919 in Kraft treten.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Buchbinder u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
2515
v. K. Göttsmann, Vorst. v. H. Fr. Kees, Schriftf. v. H.

Gold- u. Silbermünzen

Gold- und Silbermedaillen kauft jeden Posten zu allerhöchsten Preisen

Metallkontor
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 128
Telephon: Moritzplatz 12 808

Blei! Zinn! Weißmetall!
alle Legierungen, je Menge, zu höchstem Tagespreis laut Bleimetall- u. Zinnmetall-Börse, Berlin, ab 100 kg (Kl. 4343).

Frauen

Die von der Oberhebamme an der geburtshilflichen Klinik der Charité, Berlin, Frau Anna Hein, tausendf. erprobten Menstrual-Tropfen wirken kleiner Frau fehlen. Flasche M. 19, Pulver M. 3, Versand diskret p. Nachn. von Frau Anna Hein, G. m. b. H., Bin. 100, Potsdamer Str. 106a, I. Etg., Prospektplatz.

Isolierter Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,

kauft höchstzahlend ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10, Tel.: Lützow 3705 und 3518.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzig, Str. 75 II
Höchste Bezahlung Diskret., Realität Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10-20, unt. Ladenpr.

Elektromotore

Gleichstrom :: Drehstrom kauft

ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10, Tel. Lützow 3705 und 3518.

J. H. Garich
Stallstraße 56
empf. alle Arten Uhren, auch veraltete u. Stückgold, Silber, 2-5 geklärt

Goldmünzen, Silbermünzen,

kauft höchstzahlend (Edelmetall- u. Einzahlungsbureau Weberstraße 31
Tel.: Dezember 4243.

!!! Geld !!!

für jede Menge, höchste Einzahlungsbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstr. 10, Tel. Lützow 3705 und 3518.

Platin
pro Gramm
M. 142.-
Metallkontor
Alte Jakobstraße 128
Telephon: Moritzplatz 12 808

Platin - Linke! Platin!

Platin-Zähne nicht unter 8, 30 Gold, Silber, Edelmetalle kauft Platin-Großhandlung Summa Linke, Berlin, Bischofstr. 46, vorm. II, gehalten von Wilhelm Kückenberg, ehem. Leiter (Cheffabrik-Untersicht) Post.

Juwel Perlan Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 3
Telephon: 2515
Tel.: Teak. 1994.

Ankauf von Juwelen
zum heut. hohen Kurs
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 3.

Platin! Zahngebisse

Zahn bis 75 M.!
Gold! Silber!
Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber!

Althuttenpflanze! Stempelpapier! Kupfer! Messing etc.
Sämtliche Metalle zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Münzen Gold Silber

kauft 2/10
Ball, Münzenhandlung,
Berlin, Wilhelmstr. 47.

Ueber 1000 Atteste
besitzl. d. heil. Wtrg. von San-Vat.
Dr. Strahl
bei Hautausschl., Pflcht, Hautjuck, bes. Schind., Krampfadern der Frauen und dergl. Originaldos. 4,25, 12,- versendet „Erlangen-Apothek“ Berlin 204 SW 19, Leipziger Str. 74, 1736hoffp1

Kunstspiel-Pianos und Flügel

Virtuola

ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstfinanzierung.

Römhildt A.-G.
Leipziger Straße 119-120, I. Stock.

Messing 6,50 M.

Kupfer 11 M., Zinn bis 26 M., Rotg. 9 M., Zinn u. Zinn 1,50 M. per kilo netto zur

Brodrücken-Handlung
Deutscher Straße 14
am Rathhaus Tor.
Telephon: Moritzplatz 128 51.

Ziehung 20. u. 21. Jan.

Rote + Lotterie
Gesamtw. d. Gewinne Mk.
100 000
50 000
10 000

Lose zum Preise v. 3,30 M.
Postgeb. u. Liste 30 Pf. anberd.
10 Lose Banknotenfasche 30 M.

Gustav Haase Neblg.
Bin. Neno Königstr. 86
und Alexanderstraße 35.

Stelienangebote

Stenotypistin
Für großes Bureau oder Firma wird eine Dame gesucht, die flott stenotypiert und Maschine schreibt, sowie leichten buchhalterischen Arbeiten gewilligst und schnell erledigen kann. Geh. Verhandlungen mit Beifügung von Stenotypisten, Gehaltsanfragen unter U 44 an die Exped. dieses Blattes.

Bekanntmachung.

Am 1. April 1920
4 Mittelschullehrerstellen zu belegen.

Bekannt wird: Befähigung für beiderseitige Naturwissenschaften, Physik, Chemie und Biologie, Französisch und Englisch, Griechisch, Botanik und Zoologie, und Arithmetik.

Gehalt: M. 200 bis 300 M. nach Leistungsergebnis nach staatlichen Grundfragen.

Dieses öffentliche Schreiben der Gehilfen wird mittelbar bezogen. Bewerbungen mit Lebenslauf und belegten Zeugnisabschriften werden bis spätestens 26. Januar d. J. eherein.

Berlin-Charlottenburg, den 6. Januar 1920.
Der Magistrat.
Dr. Siggel

Admirals-Palast

Die lustige Puppe

Admirals-Kino

Die lebende Tote
mit Henny Porten.

6 ungemein interessante Bände Kriminal-Prozesse

von kulturhistorischer Bedeutung nach eigenen Erlebnissen von Hugo Friedländer, Gerichtsberichterstatter.

Einleitung von Justizrat Dr. E. Selts, Berlin.

- Band: Ein Raub im Eisenbahnkupon. Der Kwickelprozess. Der hannoversche Spielerprozess. Der Raubmörder Hennig. Der Knabenmord in Xanten. Die Geheimnisse eines Klosters. Der Hauptmann von Copeck. Die Ermordung des Rittmeisters von Krosigk. Das Spiritiummedium Anna Rothe.
- Band: Der Haas-Prozess. Der Mordprozess Gönczy. Der Mordprozess Hässener. Der Roman zweier Musikschülerinnen. Der Räuberhauptmann Kneißl. Der Sittlichkeitsverbrecher Prozess Sternberg.
- Band: Der Yarnowska-Prozess. Die Ermordung des Gymnasialisten Winter in Konitz. Der Prozess gegen Liebnecht und Bebel. Das Dynamitentat auf den Niederwald.
- Band: Der Lustmord Lucie Berlin (ein Beitrag zum Berliner Dime- und Zuhälterwesen). Die Hölle von Mieltsch.
- Band: Ein verbrecherischer Arzt: Dr. Braunstein. Der Oldenburgische Spielerprozess. Justizritztimer. Der Duellprozess Bennigsen.
- Band: Der Mordprozess Knieflus (ein schauriges Bild aus dem Berliner Verbrechertum). Der Prozess böcklin-Muther. Ein Dromprop vor Gericht. Der Skandalprozess Wolff-Mieternich (ein Sittenbild aus Berliner Lokaleisen).

Preis jedes Bandes M. 5.- und Porto 30 Pf.
Preis aller 6 Bände M. 30.- und Porto M. 1.50 gegen Voreinsendung oder Nachnahme (bei Nachn. 28 Pf. Sondergebühr) durch

Berliner Buchversand Abt. V

Berlin-Grunewald, Franzensbader Str. 2.

Pianos
Stützfüße. Harmonien jeder Holz-u. Stahler. Kunstspielapparate. Notenrollen. Gebrauchsinstrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billige Preisberechnung. Annahme von Aufarbeiten, Reparaturen und Stimmungen.
Max Adam, Münzstraße 16.

Zur Preussischen Klassen-Lotterie

Ziehung der 1. Klasse 15. und 14. Januar 1920

Stück	1/2	1/4	1/8	1/16	1/32	1/64
Stück	1/2	1/4	1/8	1/16	1/32	1/64
Stück	1/2	1/4	1/8	1/16	1/32	1/64

43- 31- 10,50 5,25 30 Pf.
Dahms, Druck, Berlin-Grunewald, Berlin SW 19, Jerusalemstr. 10, Tel. 1022.